

Menschen mit Behinderung müssen in ihrem Alltag einige Hürden überwinden

Wie barrierefrei ist Deutschland?

Am 24. Februar ist es sechs Jahre her, dass Deutschland die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) anerkannt hat. Seit diesem Tag besitzt jeder Mensch einen rechtlichen Anspruch auf selbstbestimmte Teilhabe. Das gilt für alle Lebensbereiche und unabhängig von bestehenden körperlichen oder geistigen Einschränkungen. Der Oberbegriff für das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung lautet Inklusion. Doch wie inklusiv ist unsere Gesellschaft heute? Hat wirklich jeder die gleiche Chance auf Teilhabe oder anders formuliert: Wie barrierefrei ist Deutschland im Jahr sieben der UN-Konvention?



Fotos: elypse, Claudia Löw, Agence DER / fotolia

Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen stehen im Alltag immer wieder vor Barrieren. Oft ließe sich das vermeiden, denn wer behindert ist, muss es noch lange nicht werden.

Wurde Integration früher eher aus Wohlwollen gewährt, so besteht mit der Inklusion jetzt ein einklagbares Recht. Dieses gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche, nehmen wir zum Beispiel die Bildung. Die UN-Konvention überlässt alleine den Eltern eines behinderten Kindes die Entscheidung, ob dieses eine spezielle Einrichtung oder eine inklusive Regelschule besuchen soll. Über die Umsetzung der Idee des gemeinsamen Lernens wird seither leidenschaftlich diskutiert. Obwohl sich die Politik

längst zur Inklusion an Schulen bekannt hat, mangelt es jedoch an der konkreten Umsetzung.

Eine Rampe für Rollstühle macht noch keine Inklusion

Unser Schulsystem basiert bisher auf Leistung. Anhand der Noten entscheidet sich wer aufs Gymnasium wechselt oder gar studiert. Nicht wenige Eltern haben daher Angst, ein Kind mit Förderbedarf könnte die Klasse insgesamt aufhalten.

Diese Sorge ist unberechtigt – vorausgesetzt allerdings, wir stellen inklusive Schulen angemessen mit dem notwendigen Personal und Material aus. Mit einer Rampe für Rollstühle ist es nicht getan.

Von Inklusion sind wir bei der Bildung weit entfernt. Noch immer besuchen sieben von zehn Kindern mit sozialpädagogischem Förderbedarf eine Sonderschule, auch wenn die jetzt Förderschule heißt. Auch

hier sind die Lehrkräfte mit Sicherheit sehr engagiert und leisten eine gute Arbeit. Und ganz ohne Frage gibt es schon jetzt zahlreiche gute Beispiele, wo inklusiver Unterricht an Regelschulen funktioniert. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten ist Deutschlands Bildungssystem bei der Umsetzung von Inklusion jedoch eines der Schlusslichter. Hier muss die Politik nachsitzen.

Fortsetzung auf Seite 2

Im eigenen Tempo gemeinsam ans Ziel

Vorbereitungen zum Inklusionslauf sind im Gang
Seite 5



Mindestlohngesetz nicht aufweichen

SoVD schaltet sich ein: Gesetz über längeren Zeitraum prüfen – jetzt schon zu viele Ausnahmen
Seite 3



Jobmarkt: Profitieren sollen alle

Die Arbeitslosenzahl Behinderter steigt
Seite 7

Alles Lüge oder was?

„Lügenpresse“ zum Unwort des Jahres erklärt
Seite 7



Zu Fuß durch die weiße Hölle

Vor 25 Jahren wurde die Antarktis durchquert
Seite 24



Anzeige



WVS

Unsere Berater finden für Sie die passende Wohngebäudeversicherung!

Schützen Sie Ihr Eigentum vor kostenintensiven Schäden!

- ✓ Rabatte bei Schadenfreiheit
- ✓ Unabhängig vom Baujahr Ihres Hauses
- ✓ Photovoltaik einschließbar
- ✓ Frostschäden an Abwasserrohren versicherbar

Jetzt kostenlos beraten lassen.

030 - 726 222 401

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Blickpunkt

Es gibt Ereignisse, die Wendepunkte markieren, die Zeit in ein „Vorher“ und „Nachher“ teilen. Die Anschläge in Paris sind solche Ereignisse. Beganzen von radikalen Gewalttättern, die behaupteten, im Namen einer Religion zu handeln, und dabei nur ihre radikale „Wahrheit“ kannten – eine Weltsicht, die keine Toleranz, keine Kritik, keine Argumente und keine Auseinandersetzung erträgt.

Die Attentäter mordeten, weil Menschen ihr Recht auf Mei-

nungsfreiheit ausübten, weil Polizisten schützend zu Hilfe kamen und weil Menschen einen anderen Glauben hatten. Das Attentat auf die Redaktion des Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ und die Folgeanschläge sind deshalb Angriffe auf alle friedliebenden und freidenkenden Menschen, ob Muslime, Christen, Juden, andere Gläubige oder Atheisten. Millionen Menschen aller Konfessionen und (fast!) aller politischen Parteien reichten sich daraufhin de-

monstrativ und im Gedenken an die Opfer die Hände. In Paris, in Deutschland, in ganz Europa und darüber hinaus bekundeten Menschen „Je suis Charlie“.

Aus der Tradition des ehemaligen Reichsbund für Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene heraus weiß gerade auch unser Verband, wie wichtig für den Frieden die Freiheit Andersdenkender und Glaubender ist. Lassen Sie uns diese Freiheit schützen!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident